

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Kristian Ronneburg (LINKE)**

vom 03. November 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 04. November 2020)

zum Thema:

365-Euro-Ticket

und **Antwort** vom 17. Nov. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Nov. 2020)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25 452
vom 3. November 2020
über 365-Euro-Ticket

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Erkenntnisse liegen dem Senat hinsichtlich der Kosten für die Umsetzung eines 365-Euro-Tickets nach Vorbild Wiens vor (sofern möglich bitte auch die einzelnen Kostenblöcke auflisten, z.B. Mindereinnahmen, Betriebskosten etc.)?

Antwort zu 1:

Derzeit ruht die Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) in Berlin auf zwei Säulen: im Jahr 2019 stammten etwas über 50 % der für den ÖPNV aufgewendeten rund 2,7 Mrd. Euro aus Fahrgelderlösen, den Rest trug die öffentliche Hand. Derzeit kostet eine Umweltkarte Berlin AB im Abonnement mit monatlicher Zahlung 761 Euro/Jahr. Eine Preisabsenkung um etwa 52 % auf 365 Euro/Jahr würde eine deutliche Erhöhung der ÖPNV-Ticketpreise an anderer Stelle oder zusätzliche notwendigen finanziellen Mittel bedingen.

Zur Höhe der hierdurch entstehenden Kosten eines 365-Euro-Tickets lassen sich zu diesem Zeitpunkt nicht exakt beziffern. Voraussetzung dafür wäre die Entwicklung eines Konzeptes für ein 365-Euro-Ticket für Berlin im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) mit einer genauen Untersuchung zu Auswirkungen auf Fahrgastentwicklung, Inanspruchnahme und zu Wechselwirkungen mit bestehenden Tarifprodukten sowie eine modellhafte Ermittlung der Erlösentwicklung im gesamten VBB-Fahrscheinsortiment des VBB.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Kosten für die Umsetzung eines 365-Euro-Tickets in Berlin zum weitaus größten Teil aus Ausgleichsleistungen für Mindererlöse bestehen. Hinzu kommen ggf. zusätzliche Aufwendungen für Controlling und Management des spezifischen Tarifprodukts beim VBB. Bisher liegen lediglich grobe Schätzungen der Berliner Verkehrsbetriebe AöR (BVG) und des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) zur Höhe der zu kompensierenden Mindererlöse vor. Diese gehen für ein 365-Euro-

Ticket in Berlin von einem zusätzlichen Zuschussbedarf von 270-300 Mio. Euro pro Jahr aus. Hierbei ist eine weitere Absenkung der Preise für Produkte von bisher tariflich besonders unterstützten Bevölkerungsgruppen noch nicht berücksichtigt (z.B. Transferleistungsempfänger mit Ticket S, Senioren mit Abo 65plus, Auszubildende, Studierende). Diese durch ein solches Sonderticket entstehenden Mindereinnahmen wären entweder aus Mitteln des Landeshaushalts zusätzlich zu den bisherigen Aufwendungen für den Berliner ÖPNV zu tragen oder sie müssten auf Basis eines neuen Finanzierungsinstrumentes in Form einer dritten Finanzierungssäule ausgeglichen werden.

Mit der Einführung eines 365-Euro-Tickets ist vielerorts die Erwartung verbunden, zusätzliche Nutzerinnen und Nutzer für den ÖPNV gewinnen zu können. Dies konnte durch das in der Fragstellung genannten Vorbild Wien bislang nicht bestätigt werden. Dort hat sich der Modal Split des ÖPNV seit Einführung des 365-Euro-Tickets 2011 lediglich um 1 % (2018) erhöht.

Berlin, den 17.11.2020

In Vertretung

Ingmar Streese
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz